



**Ausgabe-Nr. 35**  
**30.08.2010**

Polizei muss  
Abrissarbeiten  
schützen:

**Einsätze rund um  
das Bauprojekt  
„Stuttgart 21“  
belastet die Polizei**  
( Titelseite )

Loveparade-  
Veranstalter gibt Polizei  
die Schuld:  
**Überwachungsvideo  
ins Internet gestellt**  
( Seite 2 )

GdP zu Einigung bei  
Sicherungsverwahrung:  
**Bund muss schnell  
Gesetz verabschieden**  
– Länder müssen  
**Unterbringungsein-  
richtungen zügig  
schaffen**  
( Seite 3 )

Konrad Freiberg im  
Gespräch mit dem  
Hamburger Abendblatt:  
**„Die können in ihrer  
Dorfkneipe Tippkick  
spielen!“**  
( Seite 4 )

Seminar:  
**Häusliche Gewalt –  
Phänomenologie,  
Ursachen,  
Interventionsmöglich-  
keiten und  
Präventionsansätze**  
( Seite 5 )

**Impressum:**

Gewerkschaft der Polizei  
Landesbezirk  
Baden-Württemberg e.V.  
Maybachstraße 2,  
71735 Eberdingen  
Tel.: 07042/879-0  
Fax: 07042/879211  
redaktion@gdp-bw.de  
www.gdp-bw.de

**Redaktion:**  
Thomas Mohr



**Polizei muss Abrissarbeiten schützen:**

## **Einsätze rund um das Bauprojekt „Stuttgart 21“ belastet die Polizei**

Die teils heftigen Demonstrationen und Protestmaßnahmen nach Beginn der Abrucharbeiten am Gebäude des Stuttgarter Hauptbahnhofs belasten unsere Kolleginnen und Kollegen im Einsatzraum zunehmend. Fast Rund um die Uhr muss die Baustelle von der Polizei bewacht werden.

Die Proteste der „Stuttgart 21-Gegner“ gewinnen an Schärfe. Kürzlich hatten Demonstranten die Bauabspernung durchbrochen und sind auf das Dach des Bahnhofs geklettert, wie auch gestern auf einen Abrissbagger. Einsatzkräfte der Polizei mussten die Demonstranten

festnehmen, damit die Abrissarbeiten fortgesetzt werden konnten. Zunehmend erreicht die GdP eine Vielzahl von Beschwerden der eingesetzten Polizeieinheiten, die sich über die sehr kurzfristigen Aufrufe für die Folgeeinsätze am nächsten Tag verärgert äußern. Einheiten sollen mehrfach erst sehr spät am Einsatztag (22.00 Uhr) erfahren haben, dass sie auch wieder am nächsten Tag bereits sehr früh (08.00 Uhr) wieder in Stuttgart eingesetzt werden sollen. Wir haben uns dem Problem angenommen und die zuständigen Stellen kontaktiert. TM



### Loveparade-Veranstalter gibt Polizei die Schuld:

# Überwachungsvideo ins Internet gestellt

Quelle: Mannheimer Morgen (Auszugsweise)

Fünf Wochen nach der Loveparade-Katastrophe in Duisburg mit 21 Toten will der Veranstalter das gesamte Videomaterial seiner Überwachungskameras ins Internet stellen. Dies solle taktische Fehlleistungen der Polizei dokumentieren, sagte der geschäftsführende Gesellschafter der Firma Lopavent, Rainer Schaller, in einem «Spiegel»-Interview. Vertreter der Polizei wiesen die Vorwürfe am Samstag zurück.

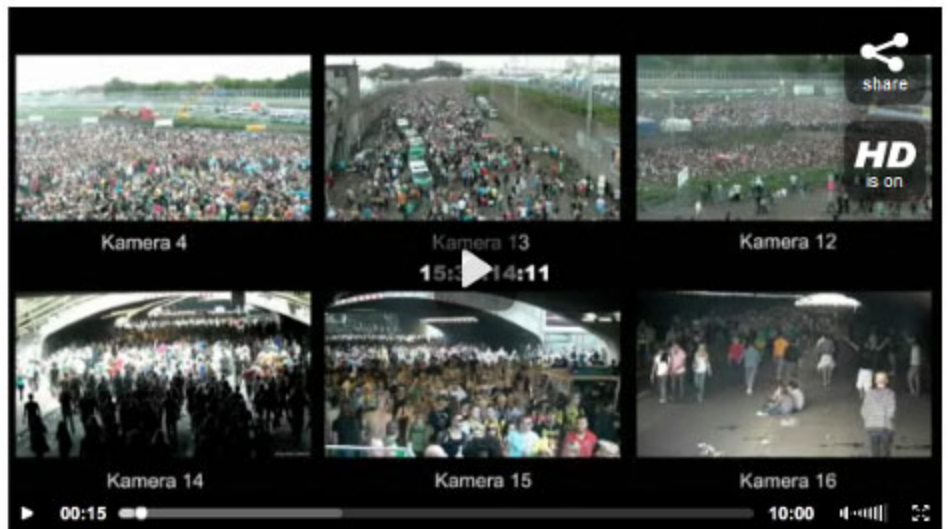
«Jeder soll sich selbst ein Bild von den Abläufen machen können», sagte Schaller dem «Spiegel». Er hatte den Einsatz der Polizei am Unglückstag bereits zuvor scharf kritisiert. Bei dem Videomaterial handele es sich um Aufnahmen von sieben Kameras mit einer Laufzeit von mehr als 22 Stunden. Wann die Aufnahmen veröffentlicht werden, ging aus dem Bericht des Nachrichtenmagazins nicht hervor.

Die Polizei habe aus unerklärlichen Gründen drei Sperrketten gebildet, als sich vor den Zugängen im West- und Ostteil des Veranstaltungsgeländes ab 15.50 Uhr die Massen stauten, sagte Schaller: zwei in den Tunneln und eine auf dem unteren Teil der Zugangsrampe. Diese Ketten seien vermutlich die Ursache der Katastrophe gewesen. «Für uns stellt sich die Frage, warum die Polizei dies tat.» Ohne die Polizeikette auf der Rampe würden die Menschen noch leben, behauptete Schaller.

### Vertreter der Polizei wiesen Schallers Vorwürfe scharf zurück.

Der Inspekteur der nordrhein-westfälischen Polizei, Dieter Wehe, sagte laut Pressemitteilung zu Schallers Vorwürfen: «Seine Aussagen werden nicht besser, nur weil er sie wiederholt. Der Veranstalter hat die Polizei um Hilfe gebeten, weil sein Sicherheitskonzept zusammengebrochen war. Er hatte zugesagt, die Eingangsschleusen zu schließen. Das ist nicht geschehen.»

Die Polizei werde den nordrhein-westfälischen Landtag und die Öff-



Ab heute hat der Veranstalter ein Überwachungsvideo auf seiner Homepage eingestellt das belegen soll, dass die Polizei die Hauptschuld an der Massenpanik haben soll. Foto: loveparade.de

fentlichkeit an diesem Donnerstag (2. September) im Innenausschuss weiter über ihre Erkenntnisse zum eigenen Handeln bei der Loveparade informieren, sagte Wehe. «Dabei werden wir die Fakten darlegen. Entscheidend wird das Zusammenwirken von Veranstalter Lopavent, der Stadt Duisburg als Genehmigungs- und Gefahrenabwehrbehörde und der Polizei sein. Gerichte, Angehörige der Opfer und die Öffentlichkeit können danach ihre Bewertung vornehmen», erklärte der Inspekteur.

Schaller wird dem Ausschuss laut «Spiegel»-Interview fernbleiben. Er werde Vertreter seiner Firma schicken. «Ich war Veranstalter, und die Menschen wären nicht gestorben, wenn die Veranstaltung nicht gewesen wäre. Wer Schuld hat, muss juristisch geklärt werden, selbstverständlich stelle ich mich auch hier der Verantwortung», sagte er in dem Interview. Duisburgs Oberbürgermeister Adolf Sauerland (CDU) dagegen hatte sein Kommen zur der Sitzung des Innenausschusses zugesagt.

**Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) kritisierte, dass Schaller dem Innenausschuss nicht Rede und Antwort stehen wolle. Dies sei feige und unerhört, sagte der**

**nordrhein-westfälische GdP-Vorsitzende Frank Richter in einer Mitteilung vom Samstag. Die Verantwortung lasse sich nicht dadurch umgehen, Videomitschnitte ins Internet zu stellen. Schaller zeige mit der Veröffentlichung nur die Folgen seines Versagens als Veranstalter, hieß es weiter in der Mitteilung.**

Die Ratsfraktionen von SPD, Linken und FDP beantragten am Freitag die Abwahl des umstrittenen Oberbürgermeisters. Das teilten die Ratsfraktionen in Duisburg mit. Die Stadt bestätigte den Eingang des Antrags. Darüber soll bei einer Sondersitzung Mitte September unter allen Mitgliedern, mit Ausnahme von Sauerland, abgestimmt werden.

Die 38 Ratsmitglieder der drei Parteien hatten zuvor den Abwahl-Antrag unterzeichnet. Der Rat hat 75 Mitglieder. Bei der Sitzung müssen zwei Drittel der Mitglieder dem Abwahl-Antrag zustimmen. Akzeptiert der Bürgermeister das Ergebnis, ist er abgewählt. Akzeptiert er nicht, entscheiden die Bürger. Sauerland gilt vielen als der Hauptverantwortliche der Loveparade-Katastrophe vom 24. Juli. Der Kommunalpolitiker lehnt seit Wochen einen Rücktritt ab und sieht keine persönliche Schuld.



GdP zu Einigung bei Sicherungsverwahrung:

## Bund muss schnell Gesetz verabschieden – Länder müssen Unterbringungseinrichtungen zügig schaffen

**Berlin.** Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) begrüßt die Einigung der Justiz- und Innenressorts der Bundesregierung über die Reform der Sicherungsverwahrung. Nun müsse das Gesetz schnell verabschiedet werden und die Länder zügig entsprechende Unterbringungseinrichtungen schaffen.

Konrad Freiberg, GdP-Bundesvorsitzender: „Es war höchste Zeit, den fatalen Koalitionsstreit auf dem Rücken der Sicherheitsinteressen von Bürgerinnen und Bürgern und nicht zu-letzt der Polizei beizulegen.“ Zufrieden könne man jedoch keineswegs sein. Solange die Reform nicht in Kraft sei, würden zusätzlich zu den bereits freigelassenen womöglich noch weitere gefährliche Täter entlassen werden müssen. Das sei, so Freiberg, eine bittere Konsequenz des unnötig langen Schaukampfes zwischen den Koalitionsfraktionen. Freiberg: „Um diese sich in Freiheit befindlichen Täter muss sich nachwievor allein



GdP-Bundesvorsitzender Konrad Freiberg live im ZDF-Morgen-Magazin  
Foto: screenshot ZDF Mo-Ma

die Polizei kümmern. Neben langfristig anfallender hoher Personalkosten werden weiterhin qualifizierte Kräfte abgezogen, die die Polizei an anderer Stelle benötigen braucht.

Freiberg befürwortet den therapeutischen Charakter der modifizierten Sicherungsverwahrung. Zwar stehe Opfer vor Täterschutz, doch könne es nicht das alleinige Ziel einer

solchen einschneidenden Maßregel sein, psychisch gestörte Gewalt- und Sexualstraftäter bis ans Ende ihres Lebens vor der Gesellschaft fernzuhalten. Freiberg: „Die Resozialisierung der Täter muss im Vordergrund stehen. Es ist wichtig, Strafe und Therapie eindeutig zu trennen.“

Im Umgang mit den nach dem Urteil des Europäischen Menschenengerichtshofs in Straßburg bereits freigelassenen Tätern fordert Freiberg, das neue Gesetz so zu formulieren, dass auch eine erneute sichere Unterbringung dieser Täter möglich ist. Auch die Chance der gezielten Ansprache hin auf eine freiwillige Rückkehr in eine geschlossene therapeutische Institution soll genutzt werden.





Konrad Freiberg im Gespräch mit dem Hamburger Abendblatt:

## "Die können in ihrer Dorfkneipe Tippkick spielen!"

Berlin. Nach der brutalen Attacke von verummten Anhängern des Hamburger Sportvereins auf Fans des Lokalrivalen FC St. Pauli fordert der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Konrad Freiberg, Vereine und Fußballfans auf, Sportgewalttäter zu isolieren und vom Fußballgeschehen auszuschließen. "Ihr seid nicht unsere Fans", müsse die Botschaft lauten, sagte Freiberg gegenüber dem Hamburger Abendblatt. Bitte lesen Sie das Interview im Wortlaut nach dem Klick auch ...

Fünf Fragen, fünf Antworten: Konrad Freiberg, 59, Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP)



Polizei-Einsatzkräfte bei der Randal zwischen den Erzrivalen Hamburger Sportverein (HSV) und dem FC St. Pauli

**Vereine müssen für Abschreckung sorgen**

**Hamburger Abendblatt: Vermummte HSV-Anhänger haben St.-Pauli-Fans am Wochenende brutal angegriffen. Haben Versäumnisse der Vereine zu einer derartigen Eskalation der Gewalt geführt?**



**Konrad Freiberg:** Es geht jetzt nicht um Versäumnisse in der Vergangenheit. Die Vereine sind nun in der Pflicht, künftig für Abschreckung zu sorgen, damit

Derartiges nicht noch einmal passiert. Die Vorstände müssen die Täter isolieren. Sie müssen klarmachen, dass es um Sport und nicht um Auseinandersetzungen geht. Das, was am Wochenende passiert ist, hat eine neue Qualität erreicht. Da haben sich nicht etwa Hooligans wie sonst üblich nur gegenseitig auf den Kopf gehauen. Hier haben sie

wehrlose Menschen, junge und alte, angegriffen.

**Was genau verlangen Sie von den Fußballvereinen, um weitere Gewalttaten zu verhindern?**

Nicht nur die Vereinsführung, auch die friedlichen Fangruppen und nicht zuletzt die Mannschaft müssen sagen, dass sie mit derartigen Leuten nichts zu tun haben wollen. "Ihr seid nicht unsere Fans", muss die Botschaft lauten. Die Angreifer können in ihrer Dorfkneipe Tippkick spielen, aber im Stadion haben sie nichts zu suchen.

**Die festgenommenen Täter sind allesamt als gewaltbereite Fußballfans bekannt. Müssten derartige Anhänger nicht ohnehin ein kategorisches Stadionverbot bekommen?**

Derartige Überlegungen sind durchaus richtig. Bei gewaltbereiten Fans ist mit einer Eskalation zu rechnen. Mit einem Stadionverbot würde man sich noch deutlicher von ihnen abgrenzen.

**Dass sich eine derart radikale Gruppe bilden konnte, kommt für alle Beteiligten überraschend. Wie kann man Licht in die Szene bringen?**

Es muss an alle Fangemeinschaften appelliert werden, derartige Strömungen sofort den Vereinen, aber vor allem der Polizei zu melden. Fans bekommen das als Erste mit. Außerdem muss in den Vereinen der Geist vorherrschen, dass man dem Fußball und seinem Klub schadet, wenn man wehrlose Menschen bewusst verletzt.

**Derartige Exzesse der Gewalt gibt es nicht nur in der Fußballszene. Wie kommt es überhaupt dazu?**

Man findet das in vielen Bereichen. Sei es bei politischen Gewalttätern, etwa im Schanzenviertel, oder bei Autobrandstiftern. Es handelt sich häufig um frustrierte Menschen, die im Leben nichts erreichen. Und weil sie sich im wahren Leben nicht beweisen können, versuchen sie es mit derartigen Taten. In den meisten Fällen kommen dann auch noch Frust und Alkohol zusammen, was zur Gewalt und zur scheinbaren Bestätigung für die Täter führt. Wir müssen ihnen diese Bestätigung ein für alle Mal kaputt machen.



### Seminar: Häusliche Gewalt – Phänomenologie, Ursachen, Interventionsmöglichkeiten und Präventionsansätze



Der Landesfrauenvorstand veranstaltet am 20.10.2010, von 10.00 - 16.00 Uhr, in der GdP-Geschäftsstelle das Fachseminar „Häusliche Gewalt – Phänomenologie, Ursachen, Interventionsmöglichkeiten und Präventionsansätze“. Teilnehmern können interessierte GdP-Mitglieder, die Teilnehmerzahl ist auf max. 25 begrenzt.

Referenten: Detlef Behnke/ Martina Raab-Heck (Interventionsstelle Freiburg)

Das Seminar richtet sich an alle interessierten GdP-Mitglieder, die mit Fällen häuslicher Gewalt zu tun haben. Es werden wichtige Hintergründe und Grundlagen des angemessenen Umgangs mit den direkten und indirekten Opfern aber auch mit den Tätern vermittelt. Ein wichtiger Inhalt des Seminars sind die von staatlicher Seite (Gesetzgebung, Polizei) angebotenen Instrumente, die geeignet sind, der Problematik angemessen und kompetent zu begegnen.

Seminarinhalte:

- Gesellschaftliche und sozialwissenschaftliche Hintergründe für Gewalt im sozialen Nahraum

sowie Ursachen und Folgen häuslicher Gewalt

- Polizeiliche Interventionsstrategien
- Situatives Erleben von Opfern häuslicher Gewalt
- Aktueller Stand der vorhandenen Interventionsmöglichkeiten und deren Umsetzung
- Rechtliche und taktische Bedingungen sowie psychologische Aspekte für den Umgang mit Betroffenen häuslicher Gewalt
- Entlastungsmöglichkeiten für Personen, die berufsbedingt mit Fällen häuslicher Gewalt konfrontiert sind.

Anmeldung über die  
GdP-Geschäftsstelle  
Telefon 07042 / 879-0  
oder an Kollegin  
[andrea.stotz@gdp-bw.de](mailto:andrea.stotz@gdp-bw.de)



## Die Gewerkschaft der Polizei trauert um

# Tommy Grune

\* 18.10.1982

† 27.08.2010

Unser Kollege Tommy Grune ist in der letzten Woche bei einem tragischen Verkehrsunfall ums Leben gekommen. Unser Mitgefühl gilt seinen Angehörigen und Freunden. Seine Lebenspartnerin wurde bei dem Unfall schwer verletzt. Ihr wünschen wir eine baldige Genesung und viel Kraft. Mit unseren Gedanken sind wir bei ihr.

Rüdiger Seidenspinner  
Landesvorsitzender

Wolfgang Kircher  
Kreisgruppenvorsitzender